

# **Integration – Zentrales Zukunftsthema**

## **Teilresolution Flüchtlinge**

**Klausurtagung der SPD-Fraktion  
des Abgeordnetenhauses von Berlin  
vom 23. bis 25. Januar 2015  
in Leipzig**

**#spdfraktionberlin15**

**Berlin**

**Fraktion  
SPD**

# **Teilresolution Flüchtlinge**

## **Integration – zentrales Zukunftsthema**

Integrationspolitik ist ein zentrales Zukunftsthema des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dabei verstehen wir Integrationspolitik anders, als danach zu fragen, wie zukommende Menschen sich anpassen sollen. Für uns ist Integration keine ethnische, sondern eine soziale Frage. Integration knüpft für uns nicht an Herkunft an, sondern an Teilhabe und sozialen und gesellschaftlichen Status.

Unser Leitbild einer gerechten Gesellschaft setzt Chancengleichheit voraus. Deshalb erfasst der Integrationsbegriff für uns auch andere gesellschaftliche Gruppen als Menschen verschiedener Herkunft. Integrationspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf breite gesellschaftliche Akzeptanz trifft. Wir sehen die Notwendigkeit, alle gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zu integrieren und meinen insoweit zum Beispiel auch Menschen mit Handicap, sozial schwache Familien oder bildungsferne Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Thema dieser Klausur ist der Teilaspekt der aus der ganzen Welt zu uns gekommenen oder kommenden Menschen mit Migrationshintergrund, ob nun als Flüchtlinge oder als Einwanderer.

### **Flüchtlinge**

Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor Not und Verfolgung, auch zu uns. Wegen der Lage in ihren Herkunftsländern werden viele von ihnen nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung, Flüchtlingen Schutz zu gewähren, auch wenn der rasante Anstieg der Flücht-

lingszahlen für Berlin eine große Herausforderung darstellt.

Dazu gehören weitere Unterkünfte einzurichten, die Versorgung der Flüchtlinge sicherzustellen, Sprachunterricht anzubieten und Kindern eine schulische Bildung zukommen zu lassen.

Innerhalb Berlins ist eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Bezirke erforderlich. Wir werden die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen in Berlin bis Ende 2015 erheblich ausbauen müssen. Zahlreiche zusätzliche dauerhafte Gemeinschaftsunterkünfte müssen für Asylsuchende geschaffen werden.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Weg des Landes, vom Gewährleister zum Anbieter von Flüchtlingsunterkünften zu werden. Wir wollen uns vom allgemeinen Immobilienmarkt stärker unabhängig machen. Gemeinschaftsunterkünfte sollen vorrangig auf städtischem Grund und Boden errichtet und zeitlich unbegrenzt betrieben werden können. Die landeseigenen Immobilien sollen möglichst so gestaltet werden, dass sie für unterschiedliche Personengruppen (zum Beispiel von Flüchtlingen, Studierenden oder Wohnungslosen) nutzbar sind. Dies dient der Werterhaltung landeseigener Immobilien und der Deckung von Wohnraumbedarf im Sozialbereich.

Flüchtlingsfamilien sollen nach Möglichkeit in Wohnungen untergebracht werden. Die Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Überlassung von Wohnungen an Flüchtlinge und Asylbegehrende werden wir weiter intensivieren.

Um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten, muss der Bestand an Gemeinschaftsunterkünften kurzfristig um mobile Wohnmodule ergänzt werden. Notunterkünfte dürfen nur zur Vermeidung von Obdachlosigkeit genutzt werden, wenn erhebliche Zugänge die vorausschauende Planung übertreffen. Unser Ziel ist es, mittel-

fristig von Notunterkünften unabhängig zu werden. Trag-  
lufthallen und Turnhallen lehnen wir ab.

Neben quantitativ und qualitativ gesicherter Unterbringung hat für uns Priorität: Verbesserung und Ausbau von sozialer Beratung und psychosozialer Beratung für traumatisierte Flüchtlinge, ein standardisiertes Impfangebot in den Aufnahmeeinrichtungen und die Beschulung junger Flüchtlinge.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss verbessert werden, zum Beispiel durch die Ausgabe einer Krankenversicherungs-Chipkarte (vgl. Bremer Modell). Auch die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere wird gestärkt.

Wir begrüßen den Beschluss des Senats, ein Gesamtkonzept zur Unterbringung, Versorgung und Sicherheit von Flüchtlingen in Berlin zu erarbeiten. Deshalb halten wir es auch für wichtig, mit allen Beteiligten eine vorausschauende Kommunikationsstrategie zu entwickeln.

Die Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Willkommenskultur. Den vielen Initiativen vor Ort, die ehrenamtliche Hilfe anbieten und die Flüchtlinge unterstützen, gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen für ein verträgliches Miteinander gewährleistet sind. Eine wichtige Aufgabe kommt auf die Stadtteilzentren zu. Im Umfeld der modularen Flüchtlingseinrichtungen werden sie die Nachbarschaft über die neue Form der Flüchtlingsunterbringung aufklären, die Ankunft der Flüchtlinge im Kiez begleiten und Möglichkeiten zur Begegnung schaffen. Die Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements zur Unterstützung der Flüchtlinge gehört auch zu ihren Aufgaben.

Wir streben an, Stadtteilzentren, Familienzentren und Vereine, die ehrenamtliche Unterstützung für Flüchtlinge organisieren, projektbezogen zu unterstützen und die dafür nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Viele Flüchtlinge sind qualifiziert und nicht dauerhaft auf Sozialtransfers angewiesen. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt wird in Kooperation mit der Arbeitsagentur und den Kammern gefördert; das Projekt Arrivo ist ein erster guter Schritt.

Eine menschenwürdige Aufnahme zu gewährleisten und Angebote zur Integration in unsere Gesellschaft zu machen, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Eine solidarische Zusammenarbeit ist dazu unerlässlich.

Berlin benötigt zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes zur Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge.

Deshalb war es wichtig, das Asylbewerberleistungsgesetz den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes von 2012 anzupassen und zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen schnelleren Zugang zu Ausbildung, Hochschule und Arbeit zu schaffen.